



Der Landesbeauftragte für politische Bildung Schleswig-Holstein
Karolinenweg 1, 24105 Kiel

Vorsitzenden des Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Martin Habersaat, MdL

- per E-Mail -

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: LBpB
Meine Nachricht vom:
Bearbeiter/in: LBpB

Telefon (0431) 988-1647

christian.meyer-heidemann@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1998

14. September 2023

Stellungnahme zu

**Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken, Antrag der Fraktion der FDP
(Drucksache 20/830) sowie**

Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen, Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 20/978)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den o. g. Anträgen und nehme wie folgt hierzu Stellung:

1. Vorbemerkung: Ich begrüße ausdrücklich, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag erneut mit der Frage einer Stärkung der politischen Bildung befasst und beide vorliegenden Anträge das Ziel haben, die politische und ökonomische Bildung insbesondere in der Schule, aber auch darüber hinaus, zu stärken.
2. Kontingentsstundentafel Sekundarstufe I: Es ist ausdrücklich anzuerkennen, dass die Landesregierung im Jahre 2020 erstmals ein Mindestkontingent für das Fach Wirtschaft/Politik eingeführt hat (vgl. Rundschreiben der Ministerin vom 4.2.2020; erneuter Hinweis durch Informationsschreiben des MBWFK an die Schulleitungen vom 24.10.2022). Jedoch wurde seinerzeit diese Änderung nur auf dem Erlasswege per Rundschreiben, nicht durch eine Änderung der Kontingentsstundentafel vollzogen. Dies führt in der schulischen Praxis bei der Stundenplanung auf Grundlage der Kontingentsstundentafel regelmäßig zu Missverständnissen, da das verbindliche Mindestkontingent von vier Jahreswochenstunden Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I nicht in der Kontingentsstundentafel ausgewiesen ist.

Es sollte daher kurzfristig sichergestellt werden, dass die Kontingentstundentafel entsprechend korrigiert und der Status Quo des Faches Wirtschaft/Politik dort auch abgebildet wird. Außerdem ist zu evaluieren, inwieweit die tatsächlich erteilte Stundenzahl des Faches Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I den neu eingeführten Vorgaben in den Schuljahren 2020/21, 2021/22 und 2022/23 entsprechen hat bzw. im aktuellen Schuljahr entspricht.

3. Ausweitung des Stundenkontingents: Eine stufenweise Ausweitung des Stundenkontingents in der Sekundarstufe I, wie im Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 20/830) gefordert wird, ist ausdrücklich zu befürworten. Ebenso befürworte ich, den Anfangsunterricht im Fach Wirtschaft/Politik stufenweise früher zu beginnen und mittelfristig bereits ab der Klassenstufe 5 zu erteilen. Die fachdidaktische Forschung hat die Bedeutung des Politikunterrichts in den Jahrgänge 5 bis 7 hervorgehoben und zugleich praxisnahe Hinweise für eine Umsetzung formuliert.¹ Eine Ausweitung der politischen Bildung stünde auch im Einklang mit den Empfehlungen verschiedener Fachgesellschaften, u.a. der Deutschen Vereinigung für politische Bildung.²
4. Auswirkungen der Reform der Oberstufe: Es sollte evaluiert werden, wie sich die Reform der Oberstufe durch die neue Landesverordnung über die Gestaltung der Oberstufe und der Abiturprüfung an den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe (OAPVO) ab dem Schuljahr 2021/22 auf die tatsächlich erteilten Stunden im Fach Wirtschaft/Politik ausgewirkt hat und wie die veränderten Wahlmöglichkeiten im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich genutzt wurden bzw. werden. Es sollte sichergestellt werden, dass die Reform der Oberstufe nicht zu einer Schwächung des Faches Wirtschaft/Politik geführt hat bzw. führt.
5. Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe: Es ist zwischen dem Fachunterricht im Fach Wirtschaft/Politik und der Querschnittsaufgabe Demokratiebildung, zu der alle Fächer und das Schulleben insgesamt ihre Beiträge leisten („Whole School Approach“), zu unterscheiden. Beide Bereiche sind komplementär zueinander und können sich wechselseitig verstärken, aber die Demokratiebildung aller Fächer kann den Fachunterricht der politischen und ökonomischen Bildung im Fach Wirtschaft/Politik nicht ersetzen. Da die Aktivitäten und Projekte im Bereich der Demokratiebildung von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ausgeprägt sind, sollte das bestehende Fachportal des IQSH³ ausgebaut werden, um noch mehr erprobte Formate als „Good Practice“-Modelle für alle Schulen verfügbar zu machen. Mittelfristig könnte daraus ein Schulcurriculum „Demokratiebildung“ erwachsen, das für diese wichtige Querschnittsaufgabe von Schule verbindliche Mindestvorgaben macht. Die Notwendigkeit einer verbindlich stattfindenden Demokratiebildung an allen Schulen unterstreicht auch der im August 2023 veröffentlichte Bericht der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung.⁴

¹ Studtmann, Katharina (2023): Politikunterricht in den Klassen 5 bis 7. Eine praxisorientierte Einführung, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

² Vgl. Deutsche Vereinigung für politische Bildung: Positionspapier:
<https://dvpb.de/positionen/positionspapier/>

³ Fachportal Politische Bildung des IQSH: <https://fachportal.lernnetz.de/sh/themen/politische-bildung.html>

⁴ Vgl. Gemeinnützigen Hertie-Stiftung (Hrsg.): Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratiebildung von morgen, Bericht der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung:
https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Kommission_Demokratie_Bildung/Kommissionsbericht/GHS_kommissionsbericht_digital_1.pdf

6. Ausbildung der Lehrkräfte: Es sollte geprüft werden, ob die Ausbildungskapazitäten für das Lehramtsstudienfach Wirtschaft/Politik an den Universitäten Kiel und Flensburg weiterhin ausreichend sind. Außerdem sollten Umfang, Inhalt und Qualität der Ausbildung für Lehrkräfte, die durch den Quer- und insbesondere den Seiteneinstieg das Fach Wirtschaft/Politik unterrichten, überprüft werden. Der vom Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur im April 2023 herausgegebene Leitfaden zu den Fachanforderungen Wirtschaft/Politik kann hier wichtige Hilfestellungen geben, aber eine fundierte fachwissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung nicht ersetzen.
7. Fachfremder Unterricht: Es sollte durch das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur dokumentiert werden, wie hoch der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts im Fach Wirtschaft/Politik ist. Studien belegen den offenkundigen Zusammenhang von fachwissenschaftlicher/fachdidaktischer Ausbildung und Unterrichtsqualität auch für die politische Bildung.⁵ Daher sollten fachfremd unterrichtende Lehrkräfte durch verpflichtende Fortbildungen auf ihre Lehrtätigkeit im Fach Wirtschaft/Politik vorbereitet und unterrichtsbegleitend weiterqualifiziert werden.
8. Einführung von Wirtschaft/Politik als Mangelfach: Da eine Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung und eine stufenweise Ausweitung des Faches Wirtschaft/Politik entsprechend mehr Lehrkräftestunden erfordert, sollte geprüft werden, ob die erneute Aufnahme des Faches Wirtschaft/Politik in den Kreis der „Mangelfächer“ hilfreich ist.
9. Veranstaltungen zur Vorbereitung auf Wahlen: Der Landesbeauftragte für politische Bildung veranstaltet regelmäßig vor Wahlen in Kooperation mit dem Verband politischer Jugend Schleswig-Holstein (VPJ) Podiumsdiskussionen und weitere Gesprächsformate in Schulen. Zur Landtagswahl 2017 nahmen daran 55 Schulen teil, 29 Schulen zur Europawahl 2019. Zur Bundestagswahl 2021 haben 24 Schulen teilgenommen, 40 Schulen zur Landtagswahl 2021. Zur Kommunalwahl 2023 haben 39 Schulen das Angebot wahrgenommen. Eine flächendeckende Durchführung dieser Veranstaltungen an allen Schulen Schleswig-Holsteins, wie im Antrag der FDP (Drs. 20/830) gefordert, wäre wünschenswert; sie ist aber von personellen und finanziellen Ressourcen auf Seiten der Organisatorinnen und Organisatoren sowie auf Seiten der Parteien abhängig. Neben der quantitativen Ausweitung ist ebenso die qualitative Weiterentwicklung der bisherigen Formate zu überprüfen.

Für eventuelle Rückfragen im weiteren parlamentarischen Beratungsprozess stehe ich Ihnen und den Mitgliedern des Schleswig-Holsteinischen Landtages wie immer gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Christian Meyer-Heidemann
Landesbeauftragter für politische Bildung

⁵ Vgl. etwa Weißeno, Georg (2023). Was wissen wir über den Politikunterricht in der gymnasialen Oberstufe? in: Busch, Matthias/Keuler, Charlotte (Hrsg.): Politische Bildung und Digitalität, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 163.